

V1036/21

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2022
(Referent: Herr Fleckinger)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 30.11.2021

Herr Fleckinger geht anhand einer PowerPoint-Präsentation unter anderem auf den Gesamthaushalt ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die ausführliche Wiedergabe der dortigen Ausführungen verzichtet. Bei der Folie vier verweist er darauf, dass hier eine überschlägige Abbildung der Themen Digitalisierung, Mobilität und demografischer Wandel im Jahr 2023 aufgeführt seien. Vorgesehen sei, diese Themenfelder Zug um Zug in den nächsten Haushaltsplänen in geeigneter Weise abzubilden. Bei der Folie sechs handelt es sich um wesentliche Eckdaten des Verwaltungshaushalts, ergänzt um die Prognosedaten des Arbeitskreises Steuerschätzung von Mitte November. Auf Folie acht finden sich die größten Einnahmepositionen wie die Gewerbesteuer mit steigender Tendenz, die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer in einer verlässlichen Größenordnung. Nach Worten des Finanzreferenten sei auf der Folie 13 die Entwicklung der Umsatzsteuer ersichtlich. Dabei verweist er auf den kleinen Abbruch in den Jahren 22 und 23. Hierzu gibt es ein Rundschreiben des Städtetags mit dem Hinweis, dass ab dem Jahr 22 entsprechend höhere Bundeserstattungen für Kosten und Unterkünfte gewährt würden. Zur Folie 25 merkt Herr Fleckinger an, dass im Vorbereitungsgespräch erbeten worden sei, die tatsächlichen Sollausgaben zu den Planansätzen noch mit einzubeziehen. Das Referat VI stehe mit dem Finanzreferenten in enger Abstimmung. Man erwarte die Baurichtlinien, mit welchen neue Kriterien aufgestellt würden. Die künftigen Mittelanforderungen und Mittelplanungen würden in die Finanzplanung eingestellt, um eine deutlich punktschärfere Ansatzbildung zu erreichen. Herr Fleckinger könne sich vorstellen, dass speziell bei großen Bauvorhaben zu jeder Projektanmeldung und zu jeder Übernahme in das Investitionsprogramm ein konkreter Bauzeitenplan erstellt werde. Dabei verweist er auf den nächsten Baustein: das Immobilienmanagement. In Zusammenschau all dieser Punkte könne in den nächsten Jahren eine deutlich präzisere und realistischere Finanzplanung im Bereich des Baus vorgelegt werden. Zur Folie 31 verweist er auf das Thema Jedox. Neben den bisherigen Informationen und Präsentationen im Intranet und Internet würden in regelmäßigen Abständen Informationen abrufbar sein. Dadurch könne dem Stadtrat und auch der Bürgerschaft eine höhere Transparenz über das Haushaltsgeschehen und die Finanzwirtschaft der Stadt Ingolstadt gegeben werden.

Stadtrat Wittmann verweist auf die Folie 11, welche die Gewerbesteuereinnahmen zeige und fragt nach, warum die vom Freistaat gezahlten 75 Millionen Euro nicht aufgezeigt seien.

Herr Fleckinger informiert, dass es sich hierbei um eine gesonderte Einnahme im Verwaltungshaushalt in Form einer Kompensationszahlung im Jahr 2020 handelt.

Stadtrat Wittmann bittet zu registrieren, dass diese 75 Millionen Euro, welche die Stadt aufgrund von Corona erhalten habe, eigentlich über 100 Millionen Euro Gewerbesteuer seien. Dies müsse hier aufgerechnet werden. Dabei verweist er auf das Jahr 2014, wo 50 Millionen Euro weniger eingenommen worden seien. Es sei dann festzustellen, dass von

2014 bis 2019 der Durchschnitt der Einnahmen genauso hoch sei, wie ab dem Jahr 2020. Im Umkehrschluss bedeute dies, wenn die Gewerbesteuererinnahmen so kämen wie prognostiziert, es kein großes Einnahmeproblem gebe. Hier sei man in einer gewaltigen Schröglage, so Stadtrat Wittmann. Man erwirtschaftete dann nicht einmal mehr so viel, was als Pflichtzuführung aufgrund der anstehenden geplanten Verschuldung geleistet werden müsse. Stadtrat Wittmann bereite auch Sorge, dass das Rechnungsergebnis des Jahres 2020 und der Planansatz des Jahres 2022 bei den Personalkosten bei einem Plus von 30 Millionen Euro liege. Im Hinblick auf die Steigerung, welche ähnlich wie in den vergangenen Jahren sei, müsse man schon realistisch sein. Die Beschäftigten sollten aber nicht spüren, dass Beförderungen aufgeschoben würden. Mit den Personalkosten liege man bis Ende 2025 bei 212 Millionen Euro. Hiermit müsse man schon fertig werden, denn dazu bedürfe es entsprechender Einnahmen. Wie es derzeit aussehe, würden die geplanten Einnahmen nicht ausreichen, um den Haushalt entsprechend zu decken. Bis zum Jahr 2023 könne dies durch die Rücklagen noch ausgeglichen werden. Ab dem Jahr 2024 müssten die Investitionen gänzlich durch Kreditaufnahmen erfolgen. Diese stünden in einer Größenordnung von einer halben Milliarde Euro an. Auch sei Stadtrat Wittmann aufgefallen, dass 35 Millionen Euro bei weitem nicht für die Kammerspiele ausreichen würden. Weiter störe ihn, dass für die Generalsanierung des Stadttheaters nur 5,5 Millionen Euro eingeplant seien. Dies sei nach seinen Worten viel zu wenig. Weiter müssten zusätzliche Risiken wie das Klinikum im Hinterkopf behalten werden. Dabei verweist er auf das Minus in zweistelliger Millionenhöhe. Wenn die Rücklagen des Klinikums aufgebraucht seien, müsse die Stadt rund 11 Millionen Euro einlegen. Dies sei eine zusätzliche Belastung, welche der Finanzreferent in seinem Haushalt nicht berücksichtigt habe. Obwohl jeder dafür sei, mehr für den ÖPNV bzw. den VGI zu tun, müsse man trotzdem die Kosten im Auge behalten. Wenn es darum gehe, die entsprechenden Kosten für den VGI auf die Stadt und den Landkreis aufzuteilen, werde Ingolstadt weitaus mehr belastet, als dies jetzt der Falls sei. Seine persönliche Meinung sei, dass der Haushalt 2022 durchaus ausgeglichen sei. Er betont, dass er davon ausgehe, dass der Haushalt 2023 im Hinblick auf die übrig gebliebenen Haushaltsreste auch ausgeglichen werden könne. Dann sehe es allerdings schlecht aus. Er habe die Sorge, was ab dem Jahr 2023 passieren werde. Es müsse darauf geachtet werden, dass Ingolstadt nicht mittelfristig in eine Schieflage gelange und dass nicht auf Kosten nachfolgender Generationen diese Probleme gelöst werden könnten. Zu einer Kreditfinanzierung müsse es noch Alternativen geben. Über mögliche Einsparungen müssten Gespräche geführt werden.

Zu den Kammerspielen verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die Zuschüsse des Freistaats von 75 Prozent der förderfähigen Kosten. Unterm Strich erwarte er aber nicht mehr als 50 bis 60 Prozent der Gesamtkosten. Da das Zahlenmaterial hier noch vorgelegt werde, halte er eine Diskussion für verfrüht. Zu den Personalkosten gebe er seinem Vorredner Recht. Diese seien in der letzten Amtsperiode um ein Drittel gestiegen. Hierbei handle es sich um eine stetig steigende Position. Er habe auch die Befürchtung, dass diese Kosten immer weiter anstiegen. Die Personalkosten seien aber nicht die einzige Position. Das Volumen insgesamt sei so groß, dass es langfristig nicht zu stemmen sei. Zur Einnahmesituation einer Kommune merkt er an, dass dies nicht nur in Ingolstadt so sei. Bei Betrachtung der überregionalen Haushaltssituation stünden andere Verschuldungssummen im Raum. Es sei nicht klar, wie es auf Dauer mit der Finanzierung der Städte und Gemeinden in Deutschland weitergehen könne. Zur Theatersanierung merkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dass hier zu lange herumgetrödelt worden sei.

Mit Schwarzmalerei gewinne man keine Schlacht, so Stadtrat De Lapuente. An Stadtrat Wittmann gewandt verweist er darauf, dass dieser bereits im Jahr 2017 darauf hingewiesen habe, dass bis zum Jahr 2021 die Rückstellungen aufgebraucht seien. Damals sei noch kein

Corona in Sicht gewesen. Die Welt habe sich dadurch leider verändert und es sei durchaus eine wichtige Botschaft an die Bürgerschaft, dass sich die Haushaltslage deutlich verbessert habe. Die Zahlen seien ganz andere wie noch vor einem Jahr. Deswegen müsse das Positive gesehen werden. Es sei klar, dass Investitionen getätigt werden müssten. Bei Betrachtung des Investitionsstaus der letzten Jahrzehnte sei viel zu machen. Der richtige Schritt sei, diese Investitionen jetzt zu tätigen. Dies gelte auch für die Aufnahme von Schulden, denn es müsse in die Zukunft investiert werden. Man sollte in den Jahren 23, 24 und 25 in der Mittelfristplanung nicht streichen, sondern investieren. Zu den Personalkosten merkt Stadtrat De Lapuente an, dass Personal Geld koste. Dieses müsse aber tagtäglich für die Stadt die Projekte stemmen. Es dürften nicht nur die steigenden Personalzahlen gesehen werden, sondern auch die richtigen und wichtigen Lohnerhöhungen. Insofern solle nicht nur schwarzgesehen, sondern auch in die Zukunft geblickt werden. Stadtrat De Lapuente glaubt, dass der Haushalt sich noch besser entwickeln werde. Er sei davon überzeugt, dass man in einem Jahr deutlich bessere Zahlen habe. Ingolstadt komme gut über die Runden. In die Zukunft zu investieren sei der richtige Schritt.

Es sei klar, dass die Personalkosten in einem stetigen Anstieg seien, aber man müsse dies auch in entsprechenden Quoten sehen, so Stadtrat Höbusch. Die Personalquote im Verhältnis zum bereinigten Verwaltungshaushalt sei seit dem Jahr 2016 nach der Jahresrechnung mit 38,2 Prozent relativ stabil. Im Hinblick auf die wachsenden Aufgaben und steigende Bevölkerungszahl sei dieser Posten relativ stabil. Es sei klar, dass dies in den absoluten Beiträgen ansteige, aber auch die Aufgaben würden mehr. Hinsichtlich dessen sei man auch in der Aufgabenkritik unterwegs und dort habe man entsprechende Einspareffekte, welche gegenläufig seien. Dabei verweist Stadtrat Höbusch auf die gegengerechnete Bruttopersonalkostenquote. Hierbei handelt es sich um die Personalkostenerstattungen, welche über Förderprogramme und sonst gegen diesen Betrag laufen. Dies bedeute, dass auch über die entsprechenden Jahre die Nettopersonalkosten betrachtet werden müssten, welche den städtischen Haushalt, der durch die Einnahmeseite gedeckt werden müsse, belasteten. Die Erstattungen von Bund und Land könnten hier nicht solide mit eingerechnet werden. Bei der Folie 25 sei Stadtrat Höbusch aufgefallen, dass man im Jahr 2020 eine Sondersituation vorfinde. Diese Ausgaben seien nicht mit den Ansätzen vergleichbar. Bei Betrachtung der Kurve laufe diese seit dem Jahr 2013 sehr parallel zwischen den Ist- und den Soll-Ausgaben. Respektiv betrachtet habe man hier ein strukturelles Problem. In den personellen Ausstattungen und im Management der Ausgaben sei es nicht geschafft worden, was jetzt begonnen worden sei: anzupacken, um die Haushaltsausgabereise zu minimieren. Dies sei ein strukturelles Problem. Weiter verweist Stadtrat Höbusch auf die Grundsteuer C und bemängelt, dass hier der Freistaat die Kommunen im Regen stehen lasse. Man bekomme nicht einmal eine Hebesatzzonierung im innerstädtischen Bereich, um hier mit unterschiedlichen Hebesätzen auszugleichen. Hier sei die Frage, ob dies noch sozial gerecht sei. Weiter schließt er sich seinem Vorredner an. Die wichtigste Investition sei in die Bildung und in die Köpfe. Dies müsse in den nächsten Jahren getätigt werden. Die Software in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen sei das, was die Zukunft bestimme und nicht die Hardware draußen auf der Straße oder in irgendwelchen Betonbauten.

Stadtrat Köstler sieht es ähnlich wie Stadtrat De Lapuente. Die Einnahmeseite werde mit jedem Mal besser. Es schau lange nicht mehr so schlecht aus wie vor einem Jahr. Er sei trotzdem der Meinung, dass das Investitionsprogramm hauptsächlich durch die Baumaßnahmen bestimmt würde. Die Frage sei, wie das Volumen in Zukunft abgearbeitet werde. Positiv sei, dass die Zahlen wesentlich aussagekräftiger seien als früher. Schade sei allerdings, dass bestimmte Posten wie das Thema Kita fehlen. Es wäre sinnvoll, wenn für die Posten Schulen und Kitas, wo durch unser Wachstum regelmäßige Investitionen notwendig

sein, Kosten berücksichtigt und aussagekräftiger würden. Auch das Thema „Radverkehr-Vorrangrouten“ sei nicht aufgeführt. Es sei fraglich, ob hier jemals noch investiert werden solle. Es seien auch viele Projekte in die Zukunft verschoben worden. Dabei verweist er auf den Bau der Feuerwache Süd. Hier stelle sich schon die Frage der Dringlichkeit. Das Thema Personal sehe er grundsätzlich nicht als Problem. Dies müsse durch effizienteres Arbeiten in den Griff bekommen werden. Mit den laufenden Programmen sei man hier gut dran. Ein großes Problem sehe er beim Thema Nachhaltigkeit. Um konstante Werte zu haben, wünsche sich die ödp-Stadtratsgruppe, dass künftig für die Nachhaltigkeit, wie auch bereits für die Referate, ungeachtet der bestehenden Projekte ein festes Budget von zusätzlich 2,5 Millionen Euro eingeplant werde. Das Thema Nachhaltigkeit werde viel mehr als das Thema Personal die Zukunft bestimmen. Es bedürfe hier fest zugesagter Budgets, welche nur für dieses Thema in Zukunft ausgegeben werden könnten.

Zur Nachhaltigkeit informiert Herr Fleckinger, dass es sich hier um eine Leuchtturmposition handle, welche über den gesamten Haushalt verteilt sei. So seien viele Aspekte der Nachhaltigkeit bereits in den Planansätzen einer Vielzahl von Maßnahmen mit abgebildet. Es sei allerdings nach dem Haushaltsrecht nicht möglich, ohne konkrete Projekthinterlegung eine Pauschalsumme bereit zu stellen. Es müssen vielmehr die Mittel für konkrete Haushaltspositionen bzw. Projekte mit dazugehörigen Personal- und Sachaufwendungen eingestellt werden. Herr Fleckinger informiert, dass hier das Direktorium mit Bürgermeisterin Kleine sehr eng an dem Thema Nachhaltigkeit arbeiteten und alle Referate mit einbezogen seien. Richtig sei, dass im Bereich der Kita zukünftig entsprechende Positionen fehlten. Dies sei dem geschuldet, dass aus dem Referat IV heraus entsprechende Bedarfsplanungen vorgelegt und dann entsprechend eingespeist werden müssten. Hier eine pauschale Summe aufzuführen sei nicht korrekt. Es bedürfe eines korrekten Zahlenmaterials, dies werde auch jährlich fortgeschrieben. Herr Fleckinger sichert zu, dass nach Vorlage neuer Erkenntnisse seitens des Referates IV diese in das Investitionsprogramm mit aufgenommen würden. Zur Feuerwache Süd könne er keine Auskunft erteilen. An Stadtrat Höbusch in Hinblick auf die Hebesatzzonierung gewandt teilt er mit, dass es eine Forderung des Städtetages gewesen sei, diese Regelung aufgrund rechtlicher Bedenken aus der Gesetzesfassung wegzunehmen. Der Freistaat habe dem entsprochen und der Landtag habe diese auch gestrichen. Zur Personalquote sei es richtig, dass von 2016 bis zum Jahr 2020 immer die 38 stehe. Diese Quote stehe im Verhältnis zum bereinigten Verwaltungshaushalt. Eine steigende Tendenz sei klar, aber es müsse auch darauf hingewiesen werden, dass für das Jahr 2023 keine neuen Planstellen im Ansatz berücksichtigt seien. Herr Fleckinger lege große Hoffnung in das Projekt Aufgabenkritik. Er gehe hinsichtlich dessen von zu erzielenden Effekten und einer Stabilisierung aus. Zu den staatlichen Zuweisungsbeträgen für das Personal habe er des Öfteren angedeutet, dass vor einigen Jahren hierzu entsprechende Erhebungen vorgenommen worden seien. Im Ergebnis lag die Erstattungsquote staatlicher Zuweisungen um etwa 10 Prozent. Herr Fleckinger merkt an, dass in den letzten Jahren nicht immer nur übertragene Aufgaben mit Personal hinterlegt worden seien, sondern auch die allgemeine Verwaltung im Bereich der freiwilligen Leistungen. Im Bereich dieser gebe es im Wesentlichen keine Staatszuweisungen. Dies seien Kosten, welche voll aus dem Kernhaushalt eigenfinanziert werden müssten. Beim Kita-Personal erhalte man ca. 40 Prozent der Personalkosten erstattet.

Stadtrat Wittmann verweist an Stadtrat Köstler gewandt darauf, dass das Wachstum der Stadt stark abgeflacht sei. Insofern sei der große Zuwachs bei der Bevölkerung nicht mehr gegeben. Das Personal sei nicht das Problem. Er habe lediglich darauf hingewiesen, dass die Personalkosten auch getragen werden müssten. An Stadtrat Höbusch gewandt merkt er an, dass es schon immer so gewesen sei, dass die wichtigste Investition in Köpfe und

Bildung sei. Dabei verweist er auf die Investitionen der letzten 15 Jahre bei Kitas und Schulen. Pauschal zu sagen, dass noch ein paar Millionen für Schulen und Kitas benötigt werden, sei nicht möglich, denn dies müsse mit Planungen hinterlegt werden. An Stadtrat De Lapuente gewandt betont er, dass kein Mensch schwarzmale. Stadtrat Wittmann beziehe sich hier auf Fakten, mit denen man sich auseinandersetzen müsse. Zum Investitionsstau merkt er an, dass das Problem der letzten 10 bis 15 Jahre nicht zu wenig Investitionen gewesen seien, sondern dass es nur noch Baustellen gegeben habe und die Bevölkerung darüber nicht glücklich gewesen sei. Im Jahr 2018 sei bereits mit der Personalaufstockung begonnen worden. Es bedeute aber nicht, dass bei einer neuen Stellenschaffung, sofort qualifiziertes Personal gefunden werde.

Man solle weder schwarz noch rosa sehen, so Stadtrat Stachel. Man sitze hier in diesem Gremium, um darüber zu diskutieren, was der verantwortbare und richtige Weg sei. Dies sei die Leitschnur für das Austauschen von Argumenten. Insofern solle, um klar zu sehen, eine realistische Brille aufgesetzt werden. Stadtrat Stachel komme klar zu dem Ergebnis, dass der Haushalt 21/22 bzw. der Folgehaushalt 22 gut aussehe. Allerdings im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt, dass der Haushalt schuldenfrei sei. Die Perspektive, welche der Haushalt mittelfristig biete, sei ein ganz anderes Thema. Ingolstadt habe definitiv kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Dies werde nicht gelöst, indem man massenhaft Projekte ausrufe und Prozesse anstoße, welche auch finanziert werden müssten. Dadurch würden Hoffnungen geweckt, welche nicht in Zukunft ohne Kredite erfüllt werden könnten. Dies könne alles gut verpackt werden. Insofern sei auch der Haushalt 2022 gut, da die Rücklagen dafür verwendet werden könnten. Diese reichten auch für das Jahr 2023. Ingolstadt habe das Glück, dass die Corona-Erstattung im Jahr 2020 und 21 den Weg geebnet habe, umso weiter zu planen, wie vorgehabt. Sorge machen Stadtrat Stachel die Bereiche der Betriebskostenzuschüsse, welche in den kommenden Jahren stark anwachsen würden. Weiter verweist er auf zwei Ausrutscher: Zum einen die Landesgartenschau, wo man sich nun auf einem anderen Niveau bewege. Dies müsse aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass im Haushalt Mittel fehlten, welche bei oder von der IFG zu fordern seien. Deshalb bitte er vor allen Dingen im Bezug auf anstehende Beschlüsse im Hinblick auf die Neudefinition der Erheblichkeit, dies bis zur Beschlusslage am 14.12.2021, abzuklären. So solle der erste Erheblichkeitsnachtragshaushalt verhindert werden. Nach Worten von Stadtrat Stachel sei der Haushalt 2022 vertretbar und wenn er an die Notwendigkeit und Richtigkeit der Kammerspiele glaube, könne dieser mit Sicherheit vertreten werden. Wenn dem nicht so sei, dann habe man ein Problem. Es müsse geschafft werden, durch die Ausgabenkritik Potentiale zu erschließen, um auf der Kostenseite etwas zu erreichen. Man werde nicht umhinkommen, Investitionen oder Ausgaben im Baubereich zu reduzieren. Ein weiterer Ansatz sei mit Generalunternehmern zu arbeiten. Es sei klar, dass sich Ingolstadt nicht immer das „Goldene“ leisten könne, denn man müsse auch mit dem „Silbernen“ zufrieden sein. Ansonsten sei der Haushalt nicht in den Griff zu bekommen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hält es für komplett falsch zu sagen, dass Ingolstadt kein Einnahmenproblem habe. Bei den Investitionen, die geschultert werden müssten, sehe man, dass es langfristig nicht aufgehe. Weiter verweist er auf die Stadt Regensburg, welche wirtschaftlich viel breiter aufgestellt sei und eine stärkere Gewerbesteuerkraft habe. Solche Städte täten sich leichter als Ingolstadt. Aber Ingolstadt müsse trotzdem Investitionen stemmen. Insofern könne durchaus von einem Einnahmeproblem gesprochen werden. Die Finanzierung der Städte und Gemeinden könne auf lange Sicht nicht so gehalten werden und deshalb müsse der Landesgesetzgeber umsteuern. Es sei sowohl ein Einnahmen-, als auch ein Ausgabenthema.

Auf den Einwand von Stadtrat Höbusch führt Stadtrat Grob aus, dass coronabedingt seitens des Freistaates noch Notfallhilfe zu leisten sei. Der Freistaat komme auch an seine Grenzen mit der Bereitstellung von Fördermitteln. Stadtrat Grob erinnere daran, dass der Freistaat im Gegensatz zum Bund 330 Millionen Euro zum Ausgleich der Gewerbesteuer 2021 leiste. Hier sei seitens des Bundes noch nichts passiert. Dies komme den Kommunen auch zu Gute. Der Freistaat mache für ein Jahr seinen Haushaltsplan, weil er nicht wisse, was in zwei Jahren sei. Stadtrat Grob appelliert dafür, dass der Bund das Gleiche Geld in den Topf wie der Freistaat lege. Denn ansonsten werde dies auf Dauer nicht funktionieren. Stadtrat Grob bittet, den TOP zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Stadtrat Schäuble bevorzugt im Haushalt die schwarzen Zahlen. Ein Teil, warum der Haushalt zustimmungsfähig sei, sei im Stellenplan vor einiger Zeit erkannt worden. Es sei klar, dass reduziert werden müsse. Stadtrat Schäuble zeigt sich über die Umsetzung erfreut. Dies trage dazu bei, dass der Haushalt mittelfristig stabiler sei. Zur Aufgabenkritik merkt er an, dass das Voranbringen aus zwei Gründen wichtig sei. Zum einen, um den Haushalt mittelfristig noch weiter zu stabilisieren, aber auch um gleichzeitig die Potentiale zu heben und die Leistungsfähigkeit der Komme weiter zu erhöhen. Das Ganze ohne Ausgaben, indem man Effizienz und Rechtsressourcen im Haushalt hebe. Insofern halte Stadtrat Schäuble dieses Projekt für sehr wichtig und unterstützenswert. Er hoffe auf eine regelmäßige Berichterstattung im Finanzausschuss im Hinblick auf den Fortschritt der Aufgabenkritik. Weiter verweist er auf die Tochterunternehmen. Wichtig sei, diese noch stärker mit in den Blick zu nehmen, um den Haushalt für die nächsten Jahre zu beurteilen. Stadtrat Schäuble freue sich, zusammen mit Frau Steinherr im nächsten Jahr detailliert die Mittelfristplanung und die Aussichten der Tochterunternehmen anzusehen. Aus seiner Sicht sei dies eine Stellschraube für die Sicherung des Haushalts.

Stadtrat Köstler verweist auf den Antrag der ödp-Stadtratsfraktion. Er merkt aber an, dass es reiche, wenn seitens der Stadt, Transparenz im Hinblick auf die Umwelt und den Klimaschutz geschaffen werde. Auch wenn dies nicht als eigene Haushaltsstelle möglich sei. Er gehe davon aus, dass es andere Möglichkeiten gebe, dies transparenter darzustellen. Investitionsstau gebe es in bestimmten Bereichen. Dabei verweist er auf die Container auf den Schulgeländen. Die Frage sei, woran dies liege, da es an den Finanzen scheinbar in der Vergangenheit nicht gelegen habe. Da man die Finanzen nicht unbedingt in der Zukunft habe, bedürfe es hier eines Überdenkens des Investitionsplans und Überlegungen der Priorisierung. Wichtig sei eine gute Zusammenarbeit. Stadtrat Köstler sehe dies heute leider nicht und insofern schließe er sich der „Schwarzmalerei“ an.

Stadtrat Höbusch verweist auf das Mischverhältnis zwischen dem Radwege- und dem Straßenbau. Im Stadtrat müsse versucht werden, auch im Hinblick auf die Mobilitätswende in den nächsten Jahren umzusteuern. Wenn eine andere Mobilität gewünscht werde, dann müsse auch in die Infrastruktur für diese Mobilität beim ÖPNV entsprechend investiert werden.

Herr Kuch geht auf einige Aspekte ein, um die Problemsensibilität weiter zu schärfen. Es gehe nicht darum, dass in den nächsten Jahren der Stellenaufwuchs beschränkt werde. Dies sei noch vergleichsweise einfach, denn dies könne über Spar- und Streichlisten erfolgen. Die Probleme gingen weit über das hinaus. Er zeigt sich dankbar über den Konsens in dieser Runde, dass bei dem vorhandenen Personal die Strategie bei den Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkeiten beibehalten werde. Dies sei für den Erhalt der Arbeitgeberattraktivität ganz wichtig. Weiter verweist er auf die Weitergewährung der

Arbeitsmarktzulage. Dies sei ein erster Einstieg, denn dieses Instrument müsse auch auf andere Berufsgruppen ausgeweitet werden. Vorhandene Stellen in vielen Bereichen könnten nicht mehr besetzt werden. So erfreulich es für Ingolstadt sei, dass man mit der Regierung von Oberbayern eine weitere staatliche Großbehörde bekomme, werde aber der Konkurrenzkampf um das vorhandene Erwerbspersonenpotential deutlich zunehmen. Es sei davon auszugehen, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren das Erwerbspersonenpotential in Deutschland um rund 10 bis 15 Millionen Personen reduziert werde. Dies mache sich auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar. Hinsichtlich dessen verweist er auf die Projekte Aufgabenkritik und Digitalisierung. Dies brauche man, um die Stellenzahlen zu stabilisieren, damit zumindest diese besetzt werden könnten. Hier gehe es nicht darum, zu sparen oder zu reduzieren, sondern effizienter zu werden. Damit das vorhandene Personal die vorhandenen Aufgaben tatsächlich adäquat erledigen könne.

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.